

Verkehr in Garching

von Dietmar Gruchmann, Stadtrat und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins

Umgestaltung B11, U-Bahn-Bau, neue Autobahndecke, weitere Geothermieleitungen und Großbaustellen im Stadtgebiet – das Jahr 2013 wird die Garchinger viele Nerven kosten.



Die dicht befahrene Münchner Straße

Im Jahre 2011 hatte der Garchinger Stadtrat einstimmig beschlossen, dass die B11 im Stadtgebiet fußgänger- und fahrradfahrerfreundlicher gestaltet werden soll. Zuvor hatte die Stadt ein Architekturbüro beauftragt, das die gestalterischen Pläne dafür ausgearbeitet hatte. Die konkrete Umsetzung und Durchführung der 1,4 Millionen Euro teuren Maßnahme lag und liegt in der Hand des Staatlichen Straßenbauamtes Freising, da es sich ja um eine Bundesstraße handelt und der Bund die Sanierung der Fahrbahndecke anteilig sowie die Erneuerung der Regenwasserkanalisation komplett bezahlt.

Natürlich gingen im Stadtrat alle davon aus, dass dieser Eingriff im Jahr 2013 „so verkehrsfreundlich wie möglich“ durchgeführt wird. Die den Bau vorbereitenden Gespräche mit dem Straßenbauamt hatte dann die Garchinger Rathauspitze und Bauverwaltung zu führen.

Nach einem Schreiben des Straßenbauamtes an die Anlieger der B11 vom Januar 2013, in dem die Behörde ihren Zeitplan bekannt gab, hagelte es dann Proteste der Anwohner und Ge-

schäftsleute. Zu Recht, wie ich meine. Denn in dem Brief wurde angekündigt, dass eine durchgängige Befahrung der B11 für ca. sechs Monate nicht mehr möglich ist! Es gab daraufhin entsprechende Änderungsanträge in der Bürgerversammlung und auch im Stadtrat hakte man nach und beauftragte mit einem einstimmigen Beschluss die Bürgermeisterin damit diese Komplettsperre noch abzuwenden.

Falsche Entscheidungen wurden nicht korrigiert.

Eine echtes Aufbäumen der Rathauspitze gegen die Planungen des Straßenbauamtes war aber danach leider nicht erkennbar – weder bei einer öffentlichen Informationsveranstaltung der planenden Behörde im Garchinger Bürgerhaus am 4. März 2013, noch bei den hilflosen Antworten, die die Stadträte von der Bürgermeisterin in den darauf folgenden Sitzungen erhielten: Die Durchführung der Baumaßnahme müsse jetzt wie geplant stattfinden, wurde vermeldet. Eine Umplanung mit zeitweiser einspuriger Baustellenbefahrung würde viel länger dauern, bringe Unfallgefahren, daraus ergäben sich zu viele Nachteile und alles werde außerdem teurer. Als Trostpflaster werde man aber ab Mai an den Ortseingängen größere Hinweisschilder aufstellen, die jeweils aktuell über die Erreichbarkeit des Stadtzentrums und der Geschäfte informieren. Das unbefriedigende Fazit lautet: Das Kind ist in den Brunnen gefallen! Die Garchingerinnen und Garchinger werden schon irgendwie damit zurecht kommen ...

Auch den Einspruch gegen U-Bahn-Brückensanierung verschlafen?

Ein ähnlich zögerliches Verhalten – ja man muss fast schon sagen: Verschlafen des Handlungszeitpunktes – durfte man dann bei den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen der U-Bahn-Brücke zwischen den Bahnhöfen Studentenstadt und Kieferngarten

TERMINE

- 30. April 2013
19.30 Uhr
Theater am Römerhof
10. Garchinger Freinacht
- 6. Juni 2013
16.30 Uhr
Pflegeheim
Vortrag von
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Patientenverfügung,
Betreuungsverfügung,
Vorsorgevollmacht
- 22. Juni 2013
ab 16.00 Uhr
am Garchinger See
SPD-Sommerfest

erfahren: Ab dem 20. Mai 2013 werden Tausende von MVV-Nutzern der Linie U6 über Monate hinweg in diesem Bereich auf Ersatzbusse umsteigen müssen. Auch hier wurde der Garchinger Stadtrat erst im Spätherbst 2012 von den Tageszeitungen informiert, aber nicht aus dem Rathaus. Die Garchinger Rathausspitze wusste von dem Vorhaben der MVG jedoch bereits seit der Fahrplankonferenz im Juli 2012. Gespräche mit der MVG und dem Münchner U-Bahn-Referat wurden aber erst im vergangenen Winter aufgenommen – und eine Protest-Unterschriftenliste in Garching wurde erst ab Anfang März 2013 im Rathaus ausgelegt. Auch dieses Kind ist schon ertrunken!



Dietmar Gruchmann

Ziehen wir jetzt noch in Betracht, dass noch in diesem Jahr die lärmindernde Asphaltdecke der Autobahn A9 auf Höhe von Garching erneuert wird, der Geothermie-Ausbau im Stadtgebiet voranschreitet, Großbaustellen im Bereich der innerörtlichen „B11-Umfahrungs-Schleichwege“ in der Telschowstraße/Niels-Bohr-Straße, im Brunnenweg, im Hüterweg, im Mühlfeldweg usw. hinzukommen, dann wissen wir alle, was auf uns zukommt! Prost Mahlzeit!

Wenig Entscheidungswille und keine Transparenz

Als ehemaliger 3. Bürgermeister kenne ich die Abläufe im Rathaus, und daher erlauben Sie mir bitte meine Analyse – auch um unsere Rathausmitarbeiter hier aus der Schusslinie zu nehmen: Alle wichtigen Informationen, Behördenschreiben oder Telefonate laufen in Garching zuerst im Büro der Bürgermeisterin auf. Dort müssen täglich die Weichen für die nachfolgenden Entscheidungen gestellt werden - mit Intuition, Fingerspitzengefühl oder mit Nachdruck. Dort verteilt die Amtsleitung die Aufträge an die zuständigen Rathausabteilungen und Sachbearbeiter. Hier liegt die Hauptverantwortung bei der Bürgermeisterin und ihrem Stellvertreter – nicht bei den untergeordneten Sachbearbeitern, denn die machen immer nur das, was ihnen die Politik vorgibt! Ein klares Indiz dafür ist: Am Ende jeder Sitzungsvorlage, die der Stadtrat vorgelegt bekommt, sowie auf allen Verträgen und Vereinbarungen, die die Stadt eingeht, steht die Unterschrift der Bürgermeisterin.

Fehlt aber der Rathausspitze die eigene Meinung, der Wille oder der Mut die richtigen Entscheidungen zu treffen, dann bleiben am Ende leider die Bürgerinnen und Bürger – im wahrsten Sinne des Wortes – auf der Strecke. Und wenn wichtiges Wissen von der Rathausspitze nicht an den Stadtrat weitergegeben wird, dann sei es erlaubt zu fragen, wo denn die im Wahlkampf so viel versprochene politischen Transparenz geblieben ist? Denken Sie an meine Worte, wenn Sie sich diesen Sommer über das Garchinger Verkehrs-Chaos ärgern.

Ohne SPD kein Haushalt

Joachim Krause, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

Bei der Stadtratssitzung im März sollte der Garchinger Haushalt für 2013 beschlossen werden. Um die Stadt vernünftig regieren zu können, braucht jeder Bürgermeister eine Mehrheit im Stadtrat, die seinen Haushalt mitträgt. CSU und Unabhängige Garchinger haben diese Mehrheit nie gehabt, ihr Stimmenanteil ist durch Parteiwechsel sogar deutlich geschrumpft, und die Grünen, am Anfang der Stadtratsperiode noch willige Helfer von Bürgermeisterin Frau Gabor, möchten daran schon lange nicht mehr erinnert werden. Da die Bürger für Garching im Stadtrat ohnehin fast immer nein sagen, musste sich Frau Gabor nun auf die SPD stützen, die sie am Anfang der Periode noch konsequent von jeder Mitwirkung ausgeschlossen hatte.

Die SPD hat sich ihrer Verantwortung nicht verweigert, zumal bei dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Spielraum ohnehin gering war. Trotz eigentlich guter Gewerbesteuererinnahmen steht Garching nach knapp 5 Jahren Regierung von Bürgermeisterin Gabor finanziell mit dem Rücken zur Wand, ganz im Gegenteil zur Situation noch unter Bürgermeister Solbrig. Grund dafür waren einige spektakuläre Fehlentscheidungen: So musste das Gymnasium nach dem Willen von CSU und Unabhängigen Garchingern unbedingt neu gebaut werden und wird jetzt immer teurer, und auch die Energiewende Garching verschlingt viel mehr Geld als bei gründlicher Aufsicht über das Geschäftsbaren nötig gewesen wäre. Unter diesen Voraussetzungen war es schon eine gute Leistung von Kämmerer Heiko Janich, einen Haushaltsentwurf ohne neue Schuldenaufnahme zu erstellen, auch wenn dafür einige wünschenswerte Projekte zurückgestellt und vor allem vollmundige Versprechungen von CSU und Unabhängigen Garchingern wieder kassiert werden mussten. Die SPD hat aber durchsetzen können, dass ein qualifizierter Mietpiegel neu erstellt wird, um dadurch den Anstieg der Mieten in Garching wenigstens etwas zu dämpfen.

Vor der Abstimmung über den Haushalt wurde noch einmal über die Energiewende Garching diskutiert, deren zu hohe Schulden ihr Geschäft und damit auch den Haushalt der Stadt über viele Jahre noch belasten werden. Die vorgeschlagene Alternative, die städtischen Anteile an der EWG sofort abzustoßen, ist allerdings schlichtweg unseriös, denn dann müsste die Stadt ihren Anteil an den Verbindlichkeiten sofort auf den Tisch legen und wäre damit erst recht pleite. Von den Verantwortlichen der Stadt sind schwere Fehler bei diesem Geothermieprojekt wenn nicht begangen so zumindest nicht verhindert worden, aber diese können jetzt nicht einfach ungeschehen gemacht werden. Das Geothermieprojekt der EWG ist trotzdem ein wichtiger Schritt für die regenerative Energieversorgung Garchings in der Zukunft, und dass Geothermieprojekte überall mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ist auch eine bekannte Tatsache. Es bleibt nur die Frage, ob die gleichen Leute, die das Desaster nicht haben kommen sehen, auch weiterhin mit der städtischen Aufsicht über die EWG betraut werden sollten, aber diese kann der Wähler ja bei der Kommunalwahl entscheiden.

Eine längst fällige Debatte: Inlandsgeheimdienste abschaffen

von Nihan-Serra Yamak, stellvertretende Bezirksvorsitzende Jusos Oberbayern

Sieben Jahre konnten die Täter des „nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) nach den grausamen Morden an neun Menschen ausländischer Herkunft unbehelligt durch die Bundesrepublik spazieren ohne aufzufliegen. Ihre Selbstenttarnung und die Unfähigkeit der Verfassungsschutzämter ihrer Rolle als „Frühwarnsystem“ einer „wehrhaften Demokratie“ gerecht zu werden, entfachen erneut eine sehr umstrittene Debatte über die Notwendigkeit und Unantastbarkeit von Inlandsgeheimdiensten in ihrer jetzigen Fassung. Die bisher bekannt gewordenen Fakten zeigen ganz deutlich, dass es sich bei den Ermittlungen nicht um eine bloße Verkettung von Zufällen und das Versagen Einzelner, sondern um gezielte Aktenvernichtungen, Schwärzung selbst geheim eingestufter Akten, die Verweigerung von (umfassenden) Aussagegenehmigungen, systematischen Erinnerungslücken, und der insgesamt mangelnden Bereitstellung von Informationen an das Parlament und die Öffentlichkeit handelt.

Wenn die Verfassungsschutzbehörden sich einer gezielten Aufarbeitungsdebatte entziehen und ihren eigenen Selbsterhaltungstrieb über eine schonungslose Aufklärung der Neonazi-Taten stellen, dann muss ihre verfassungsrechtliche Legitimation auch zur Disposition gestellt werden.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur durch intensive Aufklärungs-, und Öffentlichkeitsarbeit möglich ist. Allerdings dürfen wir die Augen nicht davor verschließen das Problem an seiner Basis zu packen und grundlegend zu reformieren. Dies bedeutet in erster Linie den Verfassungsschutz in seiner aktuellen Form abzuschaften und die Inlandsgeheimdienste in Bund und Ländern

abzuwickeln. Die historischen Wurzeln der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie ihre Tätigkeit in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik müssen endlich aufgearbeitet werden, sodass die Inlandsgeheimdienste auch wieder über mehr Transparenz verfügen.

Sicherlich kommen immer wieder Beamte/innen und konservative Politiker/innen zu Wort, die behaupten, dass ein Verzicht auf V-Leute unmöglich sei, was sich aber bis dato aufgrund deren (V-Leute) Arbeitshaltung nicht bestätigen lässt. Es handelt sich schlicht und ergreifend um einen Glaubensgrundsatz, der für unantastbar erklärt und nicht hinterfragt wird. Hier schlummern die grundlegenden Probleme, die jeglichen Spielraum für ein modernes und demokratisches Sicherheitsverständnis blockieren.

Wir müssen endlich damit anfangen rassistische und rechtsextremistische Strukturen auf Staatsebene aufzudecken. Es ist an der Zeit eine klare Linie zu ziehen und grundlegende Reformen einzuleiten, denn Rechtsextremismus ist nicht bloß eine Ideologie, sondern sie birgt die große Gefahr von erneuten Verbrechen bis hin zum Mord.



Nihan-Serra Yamak

■ Landespolitik

Für positive Altersbilder

von Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Gantzer kämpft seit langem für positive Altersbilder. Diese sind - so Gantzer - die Grundvoraussetzung für ein aktives Altern. Die persönliche und die gesellschaftliche positive Wahrnehmung des Alters schafft die Basis für eine Gesellschaft, in der niemand an den Rand gedrängt wird. Positive Altersbilder schaffen Lebensqualität für die Älteren und bereichern die Gesellschaft im ganzen. So können die Leistungen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger besser in die Gesellschaft einfließen mit dem gleichzeitigen Rückkoppelungseffekt eines positiven Altersbildes.

Momentan haben wir dieses Ziel noch nicht erreicht. Zum Teil wird Alter, besonders in der Arbeit, immer noch als negativ wahrgenommen. Der ältere Mensch gilt als weniger leistungsfähig



Professor Dr.
Peter Paul Gantzer

und bekommt damit einen geringeren Stellenwert. Diese Betrachtung des Menschen unter rein ökonomischen Gesichtspunkten muss geändert werden, so Gantzer. Denn der Mensch lässt sich weder über seine Arbeitsleistung noch über sein Alter definieren. Ältere sind nicht weniger, sondern anders leistungsfähig. Daher lautet Gantzers Wahlspruch: „Wir Älteren sind vielleicht nicht mehr so schnell wie die Jüngeren, aber wir kennen die Abkürzungen.“

Mietspiegel für Garching – SPD-Antrag findet einhellige Zustimmung

von Werner Landmann, Stadt- und Kreisrat

Letzten November beantragte unsere Fraktion, Mittel für die Neuaufgabe eines qualifizierten Mietspiegels in den Haushalt 2013 einzustellen. Erfreulicherweise wurde diese Forderung im Haupt- und Finanzausschuss im Februar einstimmig befürwortet und das Vorhaben kann nunmehr auf den Weg gebracht werden.



Werner Landmann

Bereits in den Jahren 2000/01 existierte ein solcher Mietspiegel in der Stadt Garching, der gemäß den Vorgaben des BGB eine Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete, insbesondere über das allgemeine Mietpreisgefüge für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage liefert.

Um als sogenannter qualifizierter Mietspiegel erforderlichenfalls auch bei Auseinandersetzungen vor Gericht Geltung zu erlangen, muss dieser alle 2 Jahre aktualisiert werden. Teure Sachverständigengutachten über Vergleichsmieten sind dann nicht mehr nötig, Mieter wie Vermieter erhalten konkrete und verwertbare Aussagen, die sie in die Mietverträge einfließen lassen können.

Im Jahre 2003 fand sich leider keine Mehrheit im Stadtrat mehr für die Neuauflegung, seither bestand er nur noch als einfacher Mietspiegel weiter, mit entsprechend deutlich verminderter Geltungskraft.

Nun wird ab 2014 auf unseren Antrag hin erneut ein qualifizierter Mietspiegel aufgelegt. Wie in der Stadt Germering (Landkreis FFB) soll das „Statistische Beratungslabor am Institut für Statistik der LMU München“ mit der Erstellung beauftragt werden. Da die Stadtverwaltung unterstützende Hilfe leistet, ist mit relativ geringen Kosten von lediglich rund 20.000 € zu rechnen, also trotz angespannter Haushaltslage gut finanzierbar.

Die SPD-Fraktion hält den Mietspiegel zum einen für ein sehr gutes Instrument, um sowohl für Tausende Mieter als auch Vermieter in Garching eine aussagekräftige und zur Not auch gerichtsfeste Orientierung zu geben. Streit kann somit bereits im Vorfeld vermieden werden. Andererseits hilft ein Mietspiegel auch den kommunalpolitisch Verantwortlichen, in Fragen der Wohnungs- und Grundstücks politik echte quantitative Vergleichswerte zu besitzen. Diese helfen unmittelbar bei der Entscheidungsfindung.

Wir freuen uns, dass unserem Antrag gefolgt wurde und nach den nun zu leistenden Vorarbeiten ab Januar 2014 ein qualifizierter Mietspiegel einem Grossteil der Garchinger Bürger gute Dienste leisten wird.

■ SPD-Sommerfest

Bald ist das Sommerfest der SPD

von Aysun Yamak, Schriftführerin des SPD-Ortsvereins



Eindrücke von letztem Sommerfest

Der Sommer lädt mit all seinen Vorzügen immer zu einem schönen Fest ein. Wie jeden Sommer feiert der SPD-Ortsverein Garching sein Sommerfest mit Sonnwendfeuer. Dieses Jahr am 22. Juni 2013, um 16.00 Uhr am Garchinger See. Dort gibt es wieder Kaffee, Kuchen, Gegrilltes, Salate, Limo, Bier vom Fass und vieles mehr zu sozialen Preisen.

Wir freuen uns auf Sie.

WIR GESTALTEN
IHRE WERBUNG!

NEUHARTSHÖFE 16
85080 GAIMERSHEIM
TEL.: 08458/347-0
FAX: 08458/347-347
WWW.LEDIN.DE

LEDIN
Print- & Mediacenter

150 Jahre SPD – wozu Geschichte?

von Ulrike Haerendel, Stellvertretende Vorsitzende

Vom Sonderheft des „vorwärts“ bis zur großen 150-Jahr-Feier im Mai in Leipzig – man kann die SPD wahrlich nicht als geschichtsvergessen bezeichnen. Fast nervt es schon ein bisschen. Dieser unverhohlene Stolz auf 150 Jahre Parteigeschichte bringt uns im Wahlkampf wohl nicht so richtig voran und eine Antwort auf die drängenden Probleme der Gegenwart ist er auch nicht. Ist er nicht, aber „historische Erinnerung ist eben nicht Nostalgie, sondern Aufforderung, jetzt und heute die Ziele der Sozialdemokratie zu überprüfen“, schreibt die Historikerin Helga Grebing. Ob gegen Niedriglöhne und für ein Alter ohne Armut, ob gegen das weitere Auseinandergehen der Schere zwischen Reich und Arm, ob für Gleichstellung von Frauen, ob für Solidarität mit Schwächeren – für diese zentralen Themen haben Sozialdemokraten zu allen Zeiten gekämpft.

Die Urzellen der SPD

Bei Ferdinand Lassalle hieß es noch „ehernes Lohngesetz“, aber schon ihn trieb die Frage um, wie man unter den Bedingungen des Kapitalismus zu auskömmlichen Löhnen für die Masse kommen könne. Er war am 23. Mai 1863 an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) in Leipzig, der Urzelle der SPD, beteiligt und wurde der erste Präsident des ADAV. Während Lassalle sich klar gegen „die Bourgeoisie“ richtete, sich aber mit dem Gedanken eines „sozialen Königtums“ anfreunden konnte, gingen die Eisenacher August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die im August 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gründeten, deutlicher auf Oppositionskurs zum Bismarckschen Obrigkeitsstaat, den sie als eine „fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie“ betrachteten.

Sozialistengesetz und erste Wahlerfolge

Diese Haltung bezahlte die 1875 in Gotha aus Lassalleanern und Eisenachern vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) mit Verbot und Verfolgung durch das Sozialistengesetz seit 1878. Nach seiner Aufhebung 1890 konnte die SPD, wie sie seither hieß, anfangen, richtig für ihre Ziele zu mobilisieren: Diese lauteten – nach dem Gothaer Programm von 1875 – „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ zu erstreben.

Weimarer Republik

Nachdem die SPD schon 1912 stärkste Fraktion im Reichstag geworden war, konnte sie bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung der Republik 1919 knapp 38 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Ein Sozialdemokrat, Friedrich Ebert, war der erste Reichspräsident, und mit dem sozialdemokratischen Reichskanzler Philipp Scheidemann formierte sich die erste Koalitionsregierung aus SPD, DDP und Zentrum. Leider vermochte es die Weimarer Koalition der

demokratischen Kräfte nicht, ein solides Bollwerk gegen Nationalismus, Revisionismus und Rechtsextremismus, die in Reaktion auf den verlorenen Weltkrieg aufblühten, zu errichten. Hitlers Zeit kam, als die Weltwirtschaftskrise massive soziale Not produzierte und das Gespenst der Armut umging. Auch die mit Notverordnungen regierenden Präsidialregime seit 1930, die zunächst von der SPD toleriert wurden, vermochten keine Stabilität und kein Vertrauen



Ulrike Haerendel

in die Weimarer Regierungen mehr herzustellen. Im Gegenteil unterminierten sie demokratische Prinzipien und ebneten den Weg zur Machtübergabe an Hitler.

Ermächtigungsgesetz und Verfolgung

Vor 80 Jahren, am 23. März 1933, beschloss der Reichstag – gegen die Stimmen der SPD – das Ermächtigungsgesetz. Mit der Ermächtigung des neuen Reichskanzlers Adolf Hitler, Gesetze und Verträge auch ohne das Parlament beschließen zu können, war das Ende der Republik besiegelt. Schon seit der sogenannten „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Januar 1933 hatten Terror und Unrecht das Regiment übernommen. Kommunisten wurden aufgrund der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 massenweise verhaftet; viele Sozialdemokraten wurden ebenfalls verfolgt und in „Schutzhaft“ genommen. In dieser Situation besaß der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels den Mut, mit einer Rede gegen das Ermächtigungsgesetz im Reichstag aufzutreten, die Sigmar Gabriel als das wichtigste Ereignis der 150jährigen Parteigeschichte bezeichnet hat. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“, rief Wels aus. „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“

Die Rede von Otto Wels kann man nachhören und vieles andere nachlesen unter:

<http://www.150-jahre-spd.de/>



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Die Frauenquote anders gedacht

von Bela Bach, Bundestagskandidatin der Bayern-SPD

Seit einer ganzen Weile wird nun eine Debatte über die Einführung einer sog. „Frauenquote in Führungsetagen“ geführt. Sie wird, und das zeugt von einem gewissen Fortschritt in der Diskussion, nun nicht mehr allein von der SPD, Frauenverbänden und anderen reformerisch orientierten Bewegungen gefordert, sondern hat weite Teile der Gesellschaft erreicht. Die Argumente, die für die Frauenquote sprechen, liegen dabei auf der Hand. Frauen stellen 51 % der Bevölkerung in Deutschland dar, etwas mehr als die Hälfte aller SchulabgängerInnen mit Studienberechtigung ist weiblich.

Die Hälfte der StudienanfängerInnen ist weiblich, davon schließen mehr weibliche als männliche Studierende ihr Studium mit einem Abschluss ab und haben zudem durchschnittlich betrachtet auch die besseren Noten. Düster wird es erst bei Betrachtung der Führungspositionen. Auf die Privatwirtschaft bezogen heißt das: In den Vorständen der 160 DAX-Unternehmen liegt der Frauenanteil bei 3%, in Aufsichtsräten bei 10%. Ein Drittel der Unternehmen hat überhaupt keine Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten. Fragt sich also, wo all die erfolgreichen Frauen geblieben sind zwischen Studium und Unternehmensvorstand? Die Lücke, die hier besteht und die unterschiedlichen Mechanismen, die zu dieser Lücke führen, sind ungerecht. Bei der Debatte um die Frauenquote (und dieser Schritt wird meist ausgelassen) bedarf es aber zunächst einer Einordnung. Worüber unterhalten wir uns, wenn es um die Frauenquote geht? Eine Geschlechterquote kann immer dann ein Steuerungsinstrument sein, wenn in einer Gruppe von Menschen ein einziges Geschlecht überwiegt. Dann spricht man von Vergeschlechtlichung. Es braucht eine Frauenquote also, wenn in einem Gremium zu viele oder fast ausschließlich Männer sitzen. Ein Beruf, der meist von einem Geschlecht ausgeübt wird, ist also vergeschlechtlicht. Damit ist die Frauenquote in Führungsetagen ein Teilaspekt der Debatte um die Vergeschlechtlichung von Berufsfeldern. Diese Vergeschlechtlichung von Berufsfeldern findet aber noch in einem ganz anderen Ausmaß statt, das bei der Diskussion um Führungsetagen zu sehr vernachlässigt wird. Trotz besserer Schulabschlüsse beschränken junge Frauen und Mädchen die Wahl ihrer Berufe häufig auf einen kleinen Beschäftigungsbereich. In den Ingenieur-Studiengängen liegt das Verhältnis von Frauen und Männern bei 1:5 zuungunsten der Frauen. In den Sprach- und Kulturwissenschaften sind es dagegen 71 % Frauen. Betrachtet man die Ausbildungsberufe ergibt sich ein ähnliches Bild: Kindererzieherin gehört bei jungen Frauen zu den zehn beliebtesten



Bela Bach

Berufen, aber nur 16 % aller jungen Männer entschieden sich im Jahr 2011 für diesen Beruf. Dagegen liegt die Männerquote bei den KFZ-MechatronikerInnen bei 97 %. Die Vergeschlechtlichung von Berufsfeldern führt aber zu materieller Ungerechtigkeit und zementiert traditionelle Rollenbilder, weil klassische „Frauenberufe“ meist keinen hohen gesellschaftlichen Status genießen und schlecht bezahlt sind. Im Niedriglohnsektor ist die Konzentration am deutlichsten. Hier sind 70 % aller vollzeitbeschäftigten GeringverdienerInnen weiblich. Eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich gewährleistet aber weder eine soziale Absicherung noch ausreichende Rentenansprüche. Eine einseitige geschlechtliche Konzentration ergibt sich auch bei den Arbeitszeiten. Es arbeiten 43 % aller Frauen in Teilzeit, aber nur 7 % der Männer. Auf Frauen, die auch Mütter sind, bezogen, steigt die Zahl auf 50%. Teilzeitarbeit führt aber zu einer Abhängigkeit von Transferleistungen oder dem Lebenspartner sowie zu geringen Rentenansprüchen. Die Beispiele sollen verdeutlichen, dass berufsbedingter Ausschluss von Frauen auch noch auf einer ganz anderen Ebene stattfindet, die eine viel größere Zahl an Frauen benachteiligt. Es ist wichtig, die Debatte um die Frauenquote in Führungsetagen zu führen, aber es darf dabei nicht aus dem Auge verloren werden, dass geschlechtliche Konzentration in Berufen noch viel häufiger stattfindet und viel mehr Frauen trifft, als junge, erfolgreiche Akademikerinnen. Armut hat ein weibliches Gesicht und einige der Ursachen liegen in den genannten Beispielen. Wenn man eine gesellschaftliche Debatte um Geschlechtergerechtigkeit führen will, dann kann die Frauenquote in Führungsetagen ein Anfang sein. Es gibt darüber hinaus aber auch noch viel zu tun.

■ Kommunalpolitik

Austausch des Fahrbahnbelags auf der A9

von Gerlinde Schmolke, stellvertretende Vorsitzende

Der Fahrbahnbelag auf der A9 muss im Sommer 2013 bei Garching erneuert werden, weil ihm Witterung und Verkehr schon so zugesetzt haben, dass er an manchen Stellen zerbröselt. Die Lebensdauer des 2-lagig offenporigen Asphalts (2OPA) war also mit nur 7 Jahren, geringer als beim Einbau 2005 erwartet. Sehr gut dagegen war seine Lärminderung, nämlich ca. 9 dB(A) am Anfang. Er brachte während des gesamten Beobachtungszeitraums 2005–2012 immer die zugesicherte mindeste Lärminderung von 56 dB(A). Im Zuge des Austauschs soll jetzt nur noch ein 1-lagig offenporiger Asphalt (1OPA) aufgebracht werden in der Hoffnung, dass auch er die vorgegebenen Lärmschutzziele einhält und zudem langlebiger ist. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden, wenn auch weiterhin die im Planfeststellungsbescheid festgelegten Schallmessungen durchgeführt werden, um das zu überprüfen.



Gerlinde Schmolke

Unter Punkt 4.5.3 ist dort zu lesen: **„Der Vorhabensträger beauftragt das Bayerische Landesamt für Umweltschutz, im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung in geeigneten zeitlichen Abständen zu prüfen, ob die Immissionsminderung durch den Straßenbelag von 5dB(A) erreicht ist und andauert“.**

Als geeignete zeitliche Abstände empfand das LfU bisher jährliche Messungen. Diese Schallmessungen wurden zu-

gesagt, unabhängig von 1- oder 2-lagigem Asphalt.

Die SPD Stadtratsfraktion wollte nun in der Sitzung vom 28. 2. 2013 wissen, ob das auch in Zukunft der Fall sein wird.

Zur Erinnerung: Die Interessenlage vor dem Erlass des Planfeststellungsbescheids war entscheidend für die darin gemachten Zugeständnisse, die eingefordert werden sollten.

Als 2004 im Vorfeld der Fußball WM 2006 der 8-spurige Ausbau absolute Priorität hatte und durch eine Garching Klage hätte verzögert werden können, war die Staatsregierung zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. In der Anhörung von Dezember 2004 im Bürgerhaus wurde darauf hingewiesen, dass der 2OPA vermutlich deutlich besser in der Lärminderung als 5dB(A) sein werde und Garching das sozusagen als Zuckerl obendrauf bekäme. Die Garchinger konnten nach dem Ausbau tatsächlich eine deutliche Lärmentlastung auch in den oberen Stockwerken von Mehrgeschossbauten, die von Lärmschutzwänden nicht profitieren, wahrnehmen.

Heute ist die WM Geschichte, der Fokus liegt auf anderen Projekten oder Themen und die „normale“ Vorgehensweise bei Straßenbauprojekten könnte praktiziert werden d.h. der zukünftige 1OPA ist eine so genannte Regelbauweise, die erst nach 8 Jahren überprüft wird.

Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Garching darauf pocht, dass die Vereinbarungen von 2004 eingehalten werden. Die SPD jedenfalls wird dieses Thema nicht aus den Augen verlieren.

IMPRESSUM

Ihr direkter Draht zum Ortsverein:

Dietmar Gruchmann
Telefon 320 78 87

Ansprechpartner für die Fraktion:

Joachim Krause
Telefon 320 35 08

Bildrechte: alle SPD

Redaktion:

Aziz Yamak und geschäftsführender Vorstand

Herausgeberanschrift:

Dietmar Gruchmann
Brunnenweg 29, 85748 Garching

Druck:

Ledin Print & Mediacenter GmbH Gaimersheim

Politik ist die Kunst des Möglichen

Natascha Kohnen, Generalsekretärin der Bayern-SPD

98 Prozent der Delegierten in der SPD München Land stimmten am 24. Januar 2013 für sie: Natascha Kohnen wurde im Wappensaal des Hofbräuhauses München zur neuen Vorsitzenden des Kreisverbands gekürt.

Sie stellte sogleich die Schwerpunkte ihrer Agenda für das Jahr 2013 vor: mit drei Parteitagen zu den Themen Asylpolitik, Gute Arbeit und Pflege will sie die soziale Sicherung in den Mittelpunkt rücken. Wer das oberste Verfassungsgebot der Menschenwürde in der Politik verwirklichen will, müsse bestehende Probleme beim Namen nennen, führte sie aus. Im Schulterchluss mit den Kommunalpolitikerinnen und -politikern im Landkreis, wolle sie die soziale Dimension in den Fokus rücken.

Ein Top-Thema ist für Natascha Kohnen die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit einem normalen Familienleben. 1999 zog die Diplom-Biologin mit ihrer eigenen Familie nach Neubiberg in den Landkreis München und wurde selber mit der Problematik konfrontiert. Als sie sich in der Gemeinde nach Kinderbetreuung erkundigte, musste sie sich anhören, diese sei nicht nötig. Denn: „die Frauen wollen doch eh nur shoppen gehen“. Die SPD hatte bald darauf ein neues Mitglied und Natascha wurde in der Folgezeit Gemeinderätin und auch Ortsvereinsvorsitzende.



Natascha Kohnen

Im Herbst 2008 zog sie für die SPD-Fraktion in den Bayerischen Landtag ein und wurde forschungspolitische Sprecherin. Im Juli 2009 kürten die Delegierten der BayernSPD sie mit dem Spitzen-Ergebnis von 93,6 Prozent der Stimmen zur Generalsekretärin der Partei. Sachlich, mit dem Anspruch einer Naturwissenschaftlerin: Politik ist nur dann gut, wenn sie seriös betrieben wird und immer auch die Kunst des Möglichen. Natascha Kohnen bringt einen neuen Politikstil in die BayernSPD - und die Partei hat sich bewusst darauf eingelassen. Im Zeitalter der Mediengesellschaft, in der die Menschen Politik oftmals als „Show“ empfinden, ein Stil der sich abhebt.



***Freie Rede!
Freie Meinung!
Freier Eintritt!***

10. Garchinger Freinacht

**Di., 30. April 2013, 19.30 Uhr,
Beethovensaal der Musikschule**

Hören Sie, was diese Garchinger Bürgerinnen
und Bürger der Garchinger SPD zu sagen haben
– *frei von der Leber weg:*

Bela Bach & Prof. Peter Paul Gantzer,
Grußworte: SPD-Bundestagskandidatin und SPD-Landtagskandidat

Johannes Furchtsam,
Vorsitzender des Burschenverein Hochbrück e.V.

Mathias Merkert,
Gastronom – Jockey's Treff

Martin Tremmel,
Apotheker aus Garching

Univ. Doz. Dr. Elisabeth Wolfrum,
Forschungsgruppenleiterin am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik

Moderation: Dietmar Gruchmann und Joachim Krause

Für die musikalische Unterhaltung sorgt ***Piano-Dieter***